

Merseburger Tageblatt

Unparteiische

Zeitung für Stadt und Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden.

Nr. 73

Sonnabend, den 10. April 1920.

160. Jahrgang.

Tageschronik

Weitere Ausdehnung der Besetzungszone?
Dreimonatige Besetzungszonen?
Der deutsche Protest beim englischen Geschäftsträger.
Zwei französische Mordtaten in Frankfurt.
Rückführung der Reichswehr aus der neutralen Zone.
Zimmer nach erlittener Kämpfe am Westinghouse.
2000 Notgeldnoten von den Engländern entwertet.
Ersatz-Organisation für die Einwohnerwehren.
Ein Aktionsprogramm für eine Arbeiterregierung.
Eine revolutionäre Unruhen in Italien.

Die Ereignisse in Frankfurt.

Neue Mordtaten der Franzosen.

Weder die Vorgänge in Frankfurt vom Mittwoch wird unterschätzt. Um die französische Wache, die an der Hauptwache aufgestellt war, hatten sich zahlreiche Zuschauer gesammelt. Als mittags die Wache kam, wurde den Soldaten nicht sofort genügend Platz gemacht. Als ein kleiner Junge einen Stein warf, gab der Führer der Wache das Signal zum Schießen. Es wurden sechs Hinterköpfe getötet und 35 verwundet, französische Soldaten misshandelt, aber nicht gefoltert. Das Gerücht von der Lösung kammi daher, daß einige von ihnen beim Anfall nicht zur Stelle waren. Eine Unterdrückung ist von französischer Seite eingeleitet worden.

Nach Mitteilung des Frankfurter Polizeipräsidenten wurde gestern früh am Hauptbahnhof von den Franzosen eine Frau durch einen Schuß verletzt, etwas später ein junges Mädchen erschossen, weil sie die Arbeiterwehr übergriffen hatten.

In der Nacht zum Donnerstag ist eine Division neu in Frankfurt einetroffen. Vorläufig haben die deutschen Organe die Aussicht in der Stadt. Die Bevölkerung ist durch die letzten Ereignisse außerordentlich erregt, doch sind die Arbeiter in den Betrieben und arbeiten. Die Allee nach dem untersten Deutschen Büchsen Frankfurt nur baltieren; Faktorgänge dürfen in Frankfurt nicht einleiten. Nach Anordnung des französischen Kommandanten müssen alle uniformierten Deutschen die französischen Fahnen und Offiziersgrößen. Das Gros der Besetzung von Darmstadt ist mit alten Waffen wieder ausgerüstet.

Vorläufig kein Ende der Besetzung.

„Echo de Paris“ zufolge wird die Besetzung Frankfurt vorläufig drei Monate dauern. Der „Matin“ glaubt, daß der letzten Besetzung weitere folgen werden und nennt als nächste zu besetzende Stadt Wiesbaden. Nach einem Handels-Kommentar spricht die französische Presse allgemein die Erwartung aus, daß die Besetzung solange aufrecht erhalten werden müsse, bis Deutschland seinen künftigen Vertragspflichten gegen Frankreich nachkommen sei.

Nach Meldung aus Brüssel wurden große Teile der Pfalzbesetzung nach dem Rheinebiet dividiert. Aus dem Juncen Frankreichs treffen neue Streitkräfte für die besetzte Rheinzone ein.

Gegen Millerands Scheingründe.

Eine amtliche deutsche Erklärung.

Von zukünftiger deutscher Seite wird zu der in der Wochenschriftenerklärung Millerands mitgeteilt:

Aus dieser Note geht hervor, daß die französische Besetzung die Zukunft in und der Verbände von vornherein wurde, ja, daß die Wochenschriftenerklärung auf eine Aufgabe Frankreichs am 25. März erklärt hat, die Besetzung Frankreichs und damit verbunden erzielte auszuhalten. Die Erklärung Millerands ist einseitig und wird mit kurzen Worten erwähnt, daß dies aber eine sofort als private Anerkennung anerkannter Anerkennung des Ministerpräsidenten Oberst, er glaube nicht, daß Deutschland ohne Frankreichs Einwilligung in das Ruhrgebiet einmarschieren werde, schließlich in ein Verprechen Deutschlands an Frankreich umgewandelt. Schließlich wird vollkommen verstanden, daß man bereits am 4. April in Paris mitteilen ließen, mit welcher relativ geringer Truppenzahl die Besetzung durchgeführt wurde und daß sie in sieben Tagen erledigt sein soll. Diese Tatsachen hätten in die Dispositionen der französischen Note nicht hineingepaßt, die als Hauptargument für das militärische Vorgehen Frankreichs anführt, daß die Besetzung deutscher Städte für die Sicherheit Frankreichs unbedingt notwendig gewesen sei. Auf die wichtigen Entschlüsse und Maßnahmen der französischen Note wird von maßgeblicher Seite nach unserer Annahme sein.

Deutscher Protest beim englischen Geschäftsträger.

Eine „Reuter“-Depesche vom Mittwoch meldet: Die deutsche Regierung hat beim englischen Geschäftsträger in Berlin Protest und Einspruch gegen das selbständige Vorgehen Frankreichs erhoben. Der Gesandte, welcher eine Klärung des Engländer Entschlusses nicht in der Lage war, hat die britische Regierung gebeten, Beschlüsse in der Entscheidung der deutschen Vorstellungen eintreten zu lassen.

Zweifellos erscheint der französische Schritt, wenn er auch Berechtigung habe, diplomatisch doch unklar.

Wissen wartet ab.

Der Verteidigerleiter der „Associated Press“ meinte, daß die neutrale Zone hinsichtlich des französischen Vormarsches in die neutrale Zone hinsichtlich des Rheinlandes bis er genauer darüber unterrichtet wird. Das ist ein sehr wichtiges Problem, das die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und Italien im Gange sind und charakterisiert die Bewegung der französischen Truppen als „natürliche“ Entwicklung.

Ohne Ruhe in Deutschland keine Ruhe in Europa.

Die römische „Tribune“ verweist darauf, daß nicht einmal England, noch weniger Amerika und Italien, dem Vorgehen Frankreichs zustimmen. Es sei einmütig und einig, bei der deutschen Einberufung des Ruhrgebietes militärisch einzugreifen. Die deutsche unerschütterliche Situation werde Frankreich und das übrige Europa in gleicher Weise bedrohen. Die Tatsache, daß die ganze wirtschaftliche Situation zwischen dem Süden und dem Norden infolge der Besetzung unheilvoll sei, daß dadurch ein Millionenhaufen vertrieben werde, sei den militärischen Kreisen in Frankreich gleichgültig. Aber ohne Ruhe in Deutschland keine Ruhe in Europa und jede überflüssige Komplikation der internationalen Verhältnisse in Europa führe die Anarchie und den Umsturz.

Eine englische Warnung.

Unter der Überschrift „Eine schlechte Lösung“ schreibt „The Economist“ zu dem französischen Vorgehen, man dürfe die Macht der deutschen Truppen nicht überschätzen. Das Selbstbehaupten ihres Rufes werde für sich. Nach allem, was man höre, habe die Masse des deutschen Volkes die Militäraktion fest. Das Volk warnt die Militärs davor, dieser Parteil in die Hände zu spielen.

Rückzug aus dem Ruhrgebiet.

Von amtlicher Seite wird unserem Berliner Vertreter bestätigt, daß die Reichsregierung im Begriff ist, die Zurückführung der Truppen aus der neutralen Zone des Ruhrgebietes anzunehmen. Der militärische Vorgesetzte ist jetzt schon eingestiegen. Die Regierung will aber der Einsicht die Tatsache unterbreiten, daß die Ordnung und Sicherheit im Ruhrgebiet nach wie vor gefährdet ist (!).

Entente-Kontrollen im Ruhrgebiet.

Duisburg, 8. April. (Ein. Drahtf.) Die Entente hat in Berlin weitenden Kontrollen in Aussicht genommen, sich persönlich von der Lage im Ruhrgebiet überzeugen und vor allem feststellen, ob ein sofortiges Einsetzen der Reichswehr notwendig war und ob ihre Beweise in der neutralen Zone noch erforderlich sind. Offiziere der Entente sind bereits hier einmarschiert und haben sich über den Rhein hinweg es unbedingt notwendig ist, die Reichswehr solange im Ruhrgebiet zu belassen, bis die Durchsuchung nach Waffen vollständig durchgeführt ist und die Sicherheitsbehörden in einer Stärke vorhanden sind, daß neue Unruhen nicht eintreten können.

Das legte Anträumen im Industriegebiet.

Die Säuberungsaktion im Ruhrgebiet ist fast zu Ende geführt. Essen ist seit dem Einmarsch der Reichswehr räumlich. Am Mittwoch wurden dort zahlreiche Sparta-Fabriken dem Gesandten zur Verfügung und beträchtliche Waffen- und Munitionsvorräte gefunden. Eisenbahn-, Post- und Telegrafennetze sind seit Mittwoch Mittags in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Nach wie vor kommen aus dem ganzen Industriegebiet und den anliegenden ländlichen Bezirken Nachrichten von Plünderungen und Ausschreitungen der roten Armee auf dem Rückzug. In der Revolverzeit wird das Verhalten der Regierung und des Reichskommissars Severing, die solange untätig zuhause, wie die rote Armee in bündlicher Weise im Industriegebiet bank und riefte Werke vernichtete Karl Kautz.

Die Sphinx Amerika.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die Ablehnung des Versailles Friedensvertrages durch den amerikanischen Senat ist für die künftige Entwicklung der Weltpolitik von einer gewaltig weittragenden Bedeutung, die augenblicklich in ihrer ungeheuren Komplexität von der ganzen Welt garnicht genügend gewürdigt wird. Die europäischen Mächte haben geglaubt, auch ohne Amerika den Versailles Friedensvertrag durchzuführen zu können, um mit seiner Hilfe eine Konsolidierung der europäischen Verhältnisse zu erreichen. Dieses Bestreben, das besonders von englischer Seite auf das konsequente verfolgt wurde, ist infolge der Ablehnung des Versailles Friedensvertrages durch den amerikanischen Senat immer mehr in die Unmöglichkeit durch die künftigen Diktatoren geraten. Denn wenn sich doch die kleinen neutralen Länder in Europa durch die große Stauffkraft ihres Geldes lebhaft Handelsbeziehungen zu Amerika unterhalten und den Handel der europäischen Großmächte dadurch auf das schwerste gefährden. Es ist wirklich ein ganz unmöglicher Zustand, wenn die kleinen, durch den Krieg reich gewordenen Neutralen in ganz Europa Warenverträge aufzulösen, und diese in Amerika weiter verkaufen. Außerdem laufen sie sehr viel Waren in Amerika ein und bringen sie dann bei den vertriebenen europäischen Ländern an den Mann. Das alles kommt die neutralen Länder nur mit Unterjochung Amerikas machen, denn es ist und bleibt tatsächlich die Schuld der amerikanischen Diktatoren, daß es den europäischen Großmächten einfach unmöglich wurde, eine innere Spaltung ihrer Verhältnisse herbeizuführen. Amerika, das den Krieg finanziert hat, verweigert die Mittel zum Frieden! Werkstoffgewerke haben aber die Militärs bisher für den Krieg gezeichnet, um mit Erfolg gegen die amerikanischen Kreditverweigerung vorzugehen. England hat zwar französische Verträge gemacht, deren Mißverstoß für die englischen Politiker außerordentlich beschämend waren, so daß es auch jetzt noch danach trachtet, die europäischen Neutralen zur Ergabe einer internationalen Antitrust für den Wiederanbau Europas zu gewinnen. Es scheint aber, daß sämtliche Verträge Englands schon jetzt künftighin nicht mehr.

Amerika läßt die ganze Welt durch seine künftigen Schritte. Man tut in Washington, als sei man völlig desinteressiert, läßt sich bei den Verhandlungen über die Vorgänge in Europa informieren, aber man unternimmt nichts, um auf die europäischen Verhältnisse einzugehen. Bezeichnend ist, daß die Arbeiter der Friedenskonferenz, von denen Amerika sich gegenseitig zurückhält, vollständig aus dem Gange der Verhandlungen ausgeschieden sind. Die künftige Frage liegt einer europäischen Großmacht immer brennender, so daß es nur noch eine Frage weniger Monate ist, bis der allgemeine Finanzkrieg plötzlich da ist. In England bedeutet man es, daß man nicht immer und immer wieder den amerikanischen Diktatoren die Gefahr eines Weltkollapses unter die Nase reiben kann. Das würde schnell bedenklich, wenn in Amerika fürchtet man nicht mehr als die Volkswirtschaft. Der Frieden mit den Volkswirtschaft ist die neue Waffe, mit der England gegen Amerika operiert. Allein es zeigt sich, daß diese Waffe jetzt nicht mehr so viel fördert, weil Amerika doch nicht mehr so unendlich viel Kredit von den Volkswirtschaft hat, als es früher der Fall war. Set doch sogar der amerikanische Senat schon mit dem Gedanken spielt, die Handelsbeziehungen mit den Volkswirtschaft wieder aufzunehmen. Seitdem aber die amerikanische Regierung den schmerzhaften Export auf eigenen Beinen zu spüren bekommen hat, sind die Zolltarife von den Volkswirtschaft abgehoben, in zu enge Fühlungsnahme mit den Volkswirtschaft zu kommen.

Nach neueren Meldungen aus Washington besteht bei der amerikanischen Regierung der Plan, noch im Laufe dieses Sommers eine Sonderaktion für den Frieden zu unternehmen. Amerika will die Entente dazu auffordern, in einer neuen Konferenz einen neuen Friedensvertrag fertigzustellen. Für die amerikanischen Diktatoren handelt es sich dabei um eine entscheidende Wahrung der amerikanischen weltwirtschaftlichen Interessen. Kommt eine neue Friedenskonferenz zustande, so wird Amerika den Frieden diktieren. In England hat man sich mit diesen Aussichten schon ein wenig vertraut gemacht, und versucht, sich möglichst damit abzufinden. Es soll schon eine englisch-amerikanische Änderungs-Aktion zustande haben, bei welcher die Sachverständigenpunkte der englisch-amerikanischen Weltpolitik festgestellt wurden. Allerdings fehlt in Amerika noch der führende Kopf, der den ganzen Plan zur Ausführung bringen soll. Vielleicht ist es Hoover, der jetzt als Präsidentkandidat aufgestellt worden und es scheint, daß er die besten Aussichten hat.

